

P Schneck fordert Verbesserungen für Leiharbeiter

R
E
S
S
E
M
I
T
T
E
I
L
U
N
G

Der Landtagsabgeordnete und DGB Kreisvorsitzende Klaus Schneck hat auf der letzten Sitzung des DGB Kreisvorstandes dafür plädiert, dass Leiharbeiter besser geschützt werden müssen. Die SPD Landtagsfraktion wird in der Plenumssitzung dieser Woche, dazu einen Entschließungsantrag einbringen.

Die Leiharbeitsbranche in Deutschland boomt: Im vergangenen Jahr arbeiteten mit 731.000 doppelt so viele Menschen in Leiharbeitsverhältnissen wie noch 2003. Für das kommende Jahr prognostiziert die IG Metall das Durchbrechen der Millionengrenze. „Es gibt sogar Unternehmen, die mehrheitlich Leiharbeitnehmer einsetzen. Es darf nicht Sinn der Leiharbeit sein, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen“, so Schneck. Für die meisten Menschen in der Leiharbeitsbranche gilt, dass sie in den Betrieben, an die sie entliehen werden schlechtere Bezahlung und Arbeitsbedingungen als die Festangestellten haben.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, die Rechte von Leiharbeitnehmern zu stärken. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Leiharbeitnehmer müssen endlich zu gleichen Bedingungen beschäftigt werden wie Festangestellte“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Schneck. „Leiharbeit ermöglicht es den Betrieben zwar, in bestimmten Situationen flexibel reagieren zu können, sie darf aber nicht missbraucht werden, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und Löhne zu drücken. Die Landesregierung sollte unserer Aufforderung nachkommen und mit einer Bundesratsinitiative auf gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer hinwirken.“

Mit dem Entschließungsantrag will die SPD-Fraktion den Beschäftigten der Leiharbeitsbranche den Rücken zu stärken. Insbesondere sollen grundsätzlich vom ersten Tag an im Entleihbetrieb für Leiharbeitnehmer dieselben Arbeitsbedingungen gelten und dasselbe Entgelt gezahlt werden. „Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass ein Leiharbeiter bis zu 40 Prozent weniger Geld für dieselbe Leistung erhält. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft in den Betrieben“, so Schneck. „Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich für die Rechte von Leiharbeitern auf Bundesebene einzusetzen. Arbeitsbedingungen dieser Beschäftigungsform müssen gerechter gestaltet werden“, so Schneck weiter.